

47/4.2

GZ: BMASK-59201/0016-V/A/1/2017

**Betreff: EU-Rat „Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz“ am 15. und 16. Juni 2017 in Luxemburg;**

### **Vortrag an den Ministerrat**

Am 15. und 16. Juni 2017 fand in Luxemburg die 3548. Tagung des Rates „Beschäftigung, Sozialpolitik und Gesundheit“ statt. Den Vorsitz im Teil Beschäftigung und Sozialpolitik am 15. Juni führten die maltesischen MinisterInnen Evarist Bartolo, Minister für Bildung und Arbeit, Helena Dalli, Ministerin für Sozialen Dialog, Konsumentenschutz und BürgerInnenrechte sowie Michael Falzon, Minister für Familie und Soziale Solidarität. Für die Europäische Kommission nahmen Kommissarin Marianne Thyssen und Vize-Präsident Valdis Dombrovskis teil. Österreich war durch Minister Stöger vertreten.

Der Rat führte eine **Aussprache zum Europäischen Semester 2017**. In der Debatte begrüßten zahlreiche Mitgliedstaaten den mehrjährigen Ansatz und das stärkere Gleichgewicht zwischen wirtschaftlichen und sozialen Überlegungen. Besonders hervorgehoben wurde die Rolle der SozialpartnerInnen, die umfassend bei Reformen eingebunden werden sollen. Trotz wirtschaftlicher Erholung gebe es aber nach wie vor viele Herausforderungen, vor allem hinsichtlich Jugend- und Langzeitarbeitslosigkeit. Der **Rat bestätigte** in diesem Zusammenhang die **sozial- und beschäftigungspolitischen Aspekte der Länderspezifischen Empfehlungen 2017** und **billigte die Stellungnahmen vom Beschäftigungsausschuss (EMCO) und vom Sozialschutzausschuss (SPC)**. Österreich betonte dabei insbesondere den Fokus auf Bildung und Qualifizierung; Investitionen zur Schaffung von guten Arbeitsplätzen, faire Arbeits- und Wettbewerbsbedingungen sowie die Armutsbekämpfung müssen Priorität haben.

Im Rahmen der Ratstagung wurden **Fortschrittsberichte** zu folgenden Themen angenommen:

- Änderung der Richtlinie 97/71/EG über die **Entsendung von ArbeitnehmerInnen**,
- Richtlinien-Vorschlag zur Anwendung des Grundsatzes der **Gleichbehandlung** ungeachtet der Religion oder Weltanschauung, Behinderung, des Alters oder sexuellen Ausrichtung;
- Richtlinien-Vorschlag zur Gewährleistung einer ausgewogenen **Vertretung von Frauen und Männern in Leitungsorganen börsennotierter Unternehmen**;
- Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. **883/2004 und 987/2009 zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit**;
- Richtlinie zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Barrierefreiheitsanforderungen für bestimmte Produkte und Dienstleistungen („**European Accessibility Act**“).

Österreich zeigte sich mit dem Fortschrittsberichten weitgehend zufrieden, auch wenn bei unterschiedlichen Themen noch Diskussionsbedarf gesehen werde. Österreich betonte, dass die Regelungen der Verordnungen (EG) Nr. **883/2004 und 987/2009 zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit** so angepasst werden müssen, dass die zu exportierende Familienbeihilfe indexiert werden kann. Im Zusammenhang mit der Änderung der Richtlinie 97/71/EG über die **Entsendung von ArbeitnehmerInnen** betonte Minister Stöger, dass die Zeit bei Langzeitentsendung (vorgesehen 24 Monate) zu lange sei und setzte sich für maximal sechs Monate ein; zusätzlich wies Minister Stöger darauf hin, dass die im Rahmen des Mobilitätspakets vorgesehenen Ausnahmen für Entsendungen im Straßenverkehr mit Besorgnis betrachtet werden, zumal der Verkehrssektor jetzt unter den Anwendungsbereich der Richtlinie falle und der Richtlinien-Vorschlag im Bereich der Beschäftigungs- und SozialministerInnen entschieden werden sollte.

Die **Schlussfolgerungen** des Rates zu **Strategien, die zum Ziel haben, dass sich Arbeit wieder lohnt („making work pay“)** und zum Sonderbericht Nr. 5/2017 des Europäischen Rechnungshofs mit dem Titel **„Jugendarbeitslosigkeit – Haben die Maßnahmen der EU Wirkung gezeigt? Eine Bewertung der Jugendgarantie und der Beschäftigungsinitiative für junge Menschen“ wurden angenommen.**

Im Rahmen der Ratstagung fand ein informeller Austausch beim Mittagessen über die **Europäische Säule Sozialer Rechte** statt. Die Ministerinnen und Minister sehen die Säule überwiegend als Chance, den Kontakt zu den BürgerInnen herzustellen und auch wenn es unterschiedliche Positionen gebe, müsse man gemeinsam für soziale Werte sowie für ein faireres und sozialeres Europa eintreten. Der **Rat billigte die gemeinsame Stellungnahme von SPC und EMCO zur Europäischen Säule sozialer Rechte.**

Unter Punkt **Sonstiges** informierte die zukünftige **estnische Präsidentschaft** ihr **Arbeitsprogramm**. Kommissarin Thyssen berichtete über die **ESF-Programme** und den Designierungsprozess. Zur Zukunft des ESF verwies Kommissarin Thyssen auf die Debatte im Kollegium am 28. Juni 2017 im Zusammenhang mit dem Reflexionspapier über EU-Finanzierungen.

Der Tagungsteil zu **gesundheitspolitischen Themen** am 16. Juni wurde durch den Minister für Gesundheit, Chris Fearne, geleitet. Für die Kommission nahm der Kommissar für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit Vytenis Andriukaitis teil. Österreich wurde durch Gesandten Thomas Oberreiter vertreten. Beim **gesundheitspolitischen Teil** wurden die Entwürfe von **Schlussfolgerungen** des Rates zum Beitrag zur **Eindämmung des Anstiegs von Übergewicht und Adipositas im Kindesalter** sowie die Schlussfolgerungen des Rates zur **Förderung einer von den Mitgliedstaaten ausgehenden freiwilligen Zusammenarbeit zwischen den Gesundheitssystemen** angenommen. Im Rahmen des gesundheitspolitischen Teils der Ratstagung fand ebenfalls ein Austausch über die **Europäische Säule Sozialer Rechte** statt. Estland zeigte sich dabei sehr am Fortgang der Arbeiten unter starker Einbindung des Gesundheitsbereichs interessiert. Unter Punkt **Sonstiges** informierte die zukünftige estnische Präsidentschaft ebenfalls ihr Arbeitsprogramm; weitere Informationen wurden vom Rat zur Kenntnis genommen.

Wir stellen den

A n t r a g ,

die Bundesregierung wolle von diesem Bericht Kenntnis nehmen.

Wien, am 13. Juli 2017

Alois Stöger

Pamela Rendi-Wagner